Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. :::

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion jan allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 78. | Danzig, den 25. September 1912. | 3. Jahrgang.

Der Parteitag zu Chemnitz.

Chemnitz, 19. September 1910.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Genossen Noske nahm die gestern abgebrochene Debatte über das Stichwahlabkommen ihren Fortgang, doch kamen nur noch 2 von den 26 vorgemerkten Rednern zu Worte. Beide sprachen gegen das Abkommen. Genosse Pappenheim-Eschwege legte Nachdruck auf ein besseres Studium des Verhältnisses zwischen Antisemiten und Liberalen, während Genosse Pieck-Steglitz seine schon aus der Verbandsgeneralversammlung Berlin bekannte überscharf pointierte Kritik gegen die Dämpfungsklausel richtete. Sie trug ihm eine vor dem Forum des Parteitages unserer Meinung nach überflüssige Abrückungserklärung der übrigen Delegation von Teltow-Beeskow ein. Die Position des Genossen Scheidemann war insofern ungünstig, als die Debatte nur Offensivstöße gegen sein Referat ausgelöst hatte. Er erwiderte mit großer Ruhe und hatte den Erfolg, daß der Parteitag mit großer Majorität auf seinen Wunsch über alle zum Stichwahlabkommen vorliegenden Anträge des Tadels wie der Billigung zur Tagesordnung überging.

Die mit grausiger Regelmäßigkeit wiederkehrenden Grubenkatastrophen hatten den Parteitag veranlaßt, sich auch noch mit der Frage des Bergarbeiterschutzes zu befassen, zu der Genosse Hue sprach. Als einer der gründlichsten Kenner der Bergarbeiterverhältnisse gab er seinen Darlegungen den unwiderleglichen Ernst des Fachmannes und die Wärme des überzeugten Streiters gegen soziale Krebsschäden. Grubenunfälle und Hochkonjunktur stehen in einem unheilvollen Zusammenhang. Die öffentliche Meinung und die Behörden regen sich aber immer erst, wenn die Verlustliste des „Armeekorps der Kohle" durch eine Massenkatastrophe erschreckend anschwillt. Von hervorragend politischem und sozialem Interesse war, was Genosse Hue über die wahren Ursachen der Katastrophe auf der Zeche Lothringen und über die Art, wie Wilhelm der Zweite darüber informiert wurde, sagte. Der Wahrheitswert der von der Bergbehörde anläßlich dieser Katastrophe an den Vorwärts gesandten Berichtigungen wurde in den Ausführungen des Genossen Hue gleichfalls in das rechte Licht gesetzt. Nach scharfer und berechtigter Kritik des Sicherheits- oder richtiger Unsicherheitsmännersystems, nach Hinweis auf die soziale Struktur der Bergarbeiterschaft und auf die perfide und verräterische Haltung des christlichen Bergarbeiterverbandes im letzten Streik legte Genosse Hue dar, daß die bei den Bergarbeitern nach all den schweren Prüfungen und Enttäuschungen an den Tag tretende Mutlosigkeit durch eine energische Willenskundgebung des Parteitages zugunsten der Grubenproletarier zerstreut werden könne. Diese Kundgebung erfolgte denn auch durch debattelose Annahme der eingebrachten Resolution.

Seinen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion ergänzte sodann Genosse Stadthagen mit Ausführungen über die Duelldebatten, die Haltung der Partei beim Kaiserhoch, den Fall Landsberg usw. und betonte zum Schluß, daß bei aller Ausnutzung der parlamentarischen Situation die Erziehung unserer Wähler zu überzeugten Klassenkämpfern die Hauptsache sei.

In der Diskussion wurde die Verhandlung dramatisch belebt, sobald die Frage der Sonderkonferenzen angeschnitten wurde. Diese viel umstrittene Frage fand in Genossen Hoch einen feurigen Verteidiger, dem durch Zwischenrufe mit gleicher Hitze aus dem gegnerischen Lager geantwortet wurde. Der schon in der Presse erörterten, wahrlich nicht welterschütternden Eisenacher Zusammenkunft schenkte der Parteitag eine ganz unverdiente lebhafte Beachtung. Genosse Frank-Mannheim antwortete auf die Angriffe Hochs und suchte die Unschuld der revisionistischen Seite an Sonderkonferenzen darzulegen, ohne viel gläubige Seelen zu finden. Immerhin gab er die feierliche Erklärung ab, daß er und seine Freunde auf diese zu ungesunden Konsequenzen führenden Gepflogenheiten verzichten wollen, wenn die linke Seite auch dazu bereit sei. Da nun gar Genosse Bebel nach einigen historischen Rückblicken zur Einstellung dieser Richtungszusammenkünfte riet, können alle auf diesen Gegenstand sich beziehenden Anträge, die unter anderem auch von den Genossen Henschel-Berlin 6 und Lorenz-Niederbarnim begründet worden waren, als erledigt gelten. Genosse Bebel wandte sich auch gegen einen Antrag, der sich gegen Doppelkandidaturen richtet.

Die Ausführungen des Genossen Meerfeld-Köln über die Präsidentenwahl und den Besuch bei Hofe fanden offenbar nur bei einem kleinen Teil des Parteitages williges Gehör. Genosse Bebel trat ihnen entgegen. Wirkungsvoll waren die Ausführungen des Genossen Haupt-Magdeburg, der eine energische Kundgebung des Parteitages gegen die empörende Haltung der behördlich geschützten Streikbrecherrowdys verlangte.

Mit recht gut gewählten Argumenten vertrat Genosse Baron-Brandenburg einen von ihm gestellten Antrag, der auf Aufklärung über die theoretische Seite der Rechtspflege usw. hinausläuft.

Nach einer an Irrungen reichen Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich der Parteitag auf Freitag. Vorher hatte er einem Sympathietelegramm an die Wahlrechtskämpfer und an die Opfer reaktionärer Brutalität in Budapest seine Zustimmung gegeben.

*

Chemnitz, den 20. September.

Auf eine der wissenschaftlichen Basis unserer Bewegung würdige Höhe führte die Auseinandersetzung über den Imperialismus. Und zwar war nicht allein das Referat des Genossen Haase von hervorragendem und befruchtendem Gehalt in bezug auf die politische und theoretische Haltung unserer Partei in dieser wichtigsten Frage neuzeitlicher Entwickelung, auch die Diskussion hielt sich durchweg auf gleich hohem Niveau.

In seiner Rede verwies Genosse Haase, gestützt auf ein sorgfältig gesichtetes und mit Ueberzeugungskraft ausgestattetes Material auf die neueste, gewaltigste, aber auch letzte Kraftäußerung des Kapitalismus, der jetzt den ganzen Erdball umkrallt und Industrie und Handel in die äußersten Winkel aller Erdteile trägt. Kolonialpolitik, Wettrüsten und Kriegsgefahr sind die naturnotwendigen Begleiterscheinungen dieser imperialistischen Epoche. Dem gegenüber aber zeitigt der Kapitalismus auch Tendenzen, die auf friedliche und internationale Verständigung hinweisen. Diese Tendenzen bei aller klarer Erkenntnis der imperialistischen Gefahr im Interesse des Völkerfriedens auszunutzen, hält Genosse Haase für die Aufgabe der Sozialdemokratie. Das bedeutet für die Praxis des politischen Lebens Unterstützung aller Bestrebungen, die auf eine Einschränkung des Wettrüstens hinauslaufen, damit auch einen Kampf gegen Teuerung, Schutzzollpolitik, und wie die verderblichen Folgen alle heißen. Das Referat Haases klang in einer wuchtigen und wirksamen Mahnung aus, alles zu tun, um den Völkerfrieden zu wahren.

Der erste Diskussionsredner, Genosse Lensch-Leipzig konnte seinen Ausführungen den Charakter eines Korreferates geben, da ihm der Parteitag eine Redezeit von 30 Minuten zubilligte. In geschickten Ausführungen, denen man Interesse entgegenbringen mußte, selbst wenn man ihren Grundgedanken nicht zustimmen kann, trat er den Anschauungen Haases über die Abrüstungspolitik entgegen und wies auf die im Gefolge des Imperialismus zu erwartenden Massenkämpfe, die Bedeutung der Milizfrage usw. hin. Genosse Pannekoek-Bremen sekundierte ihm und legte Nachdruck darauf, daß die von ihm und Lensch vertretene Theorie von der Unvermeidlichkeit des Imperialismus noch lange keine Rechtfertigung desselben bedeute. Genosse Bernstein verfocht in einem interessanten historischen Rückblick die These, daß die Abrüstung keine Utopie sei.

Auch die weitere Debatte, die noch einen Teil der Nachmittagssitzung beanspruchte, bot eine Reihe von interessanten und anregenden Momenten. So wies Genosse Grumbach aus Kolmar u. a. auf die Bedeutung und die nachhaltige Wirkung hin, die die einmütige Annahme der dem Referat Haases unterlegten Resolution im Ausland haben werde, wie sie die Genossen in Frankreich, England und in den anderen Ländern zur Unterstützung der gleichen Abrüstungspolitik aneifern müsse. Genosse Liebknecht sprach in demselben Sinne und vertrat besonders die Anschauung, daß Abrüstungspolitik und Milizforderung einander nicht ausschließen, vielmehr Etappen auf dem Wege völliger internationaler Solidarität sind. Als Verfechter der Anschauungen von Lensch und Pannekoek trat Genosse Cohen-Leipzig auf den Plan, der gegen die Aeußerungen Bernsteins, aber auch gegen die Kautskys polemisierte. Genosse Quessel-Darmstadt sieht in der Erscheinung des Imperialismus schwere handels- und industriepolitische Probleme, die ihm zunächst nur als einzige Lösung die Politik der „offenen Tür" aufzwingen. Genosse Ledebour bekämpfte Quessels Anschauungen und setzte sich dann mit Lensch auseinander. Zwischen beiden Genossen bestehen bekanntlich schon seit vorigem Jahr Meinungsunterschiede über die Abrüstungspolitik. Nach einem kurzen anfeuernden Schlußwort des Genossen Haase wurde die Imperialismusresolution mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Vor der Debatte über den Imperialismus wurden noch der Bericht der Reichstagsfraktion und die dazu gestellten Anträge erledigt. In seinem Schlußwort ging Genosse Stadthagen den zahlreichen und vielartigen Anträgen, die zu diesem Punkt vorliegen, kritisch zu Leibe. Sein Plaidoyer für die Sonderkonferenzen zeitigte Zwischenspiele, die zwar mehrfach Heiterkeit erregten, im Grunde aber doch nicht so ganz harmlos waren. Das geht auch daraus hervor, daß die Frage der Sonderkonferenzen Anlaß zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte und persönlichen Bemerkungen gaben. Bei der Abstimmung über diese Frage siegte schließlich der Antrag Sindermann, in dessen Sinne Genosse Bebel gestern gesprochen hatte. Mit Annahme dieses Antrages gegen ganz wenige Stimmen ist den Genossen die moralische Pflicht auferlegt worden, auf Richtungskonferenzen zu verzichten. Einstimmige Annahme fand denn ferner der Antrag, der Schutz vor Streikbrechern fordert. Die Sensationshoffnungen der bürgerlichen Presse auf ein großes Abschlachten im „Falle Landsberg" wurden dadurch enttäuscht, daß ein Antrag angenommen wurde, der unter Hinweis auf die Stellungnahme der Magdeburger Organisation gegen Landsberg und unter Betonung unserer prinzipiellen Anschauungen die Angelegenheit für erledigt erklärt.

Den Schluß der Sitzung füllte die Frage der Maifeier aus. Das Referat das Genosse Pfannkuch erstattete, gipfelte darin, daß im wesentlichen an dem bestehenden Zustand nichts geändert werden soll. Dagegen kämpfte Genosse Lipinski-Leipzig in der Diskussion scharf gegen den Nürnberger Beschluß auf Abführung des Arbeitsverdienstes am 1. Mai, den er beseitigt wissen will, da er ungerecht und streiterzeugend sei. Lipinskis Ausführungen stießen auf lebhafte Opposition, fanden aber auch bei einem nicht unerheblichen Teil des Parteitages starken Beifall.

Die Genossen Hense-Hamburg und Ehlers-Lübeck wandten sich energisch gegen die Forderungen Lipinskis. Auch Genosse Robert Schmidt verurteilte mit Recht die unerquicklichen Reibereien, die die Durchführung des Nürnberger Beschlusses zur Folge gehabt hat und beantragte, diesen Beschluß dahin zu modifizieren, daß nur Partei- und Gewerkschafts-Angestellte (also nicht Buchdrucker usw. in Parteigeschäften, Konsumvereins- und Krankenkassen-Angestellte und dergleichen) zur Abführung des Tagesverdienstes zu verpflichten seien. Die namentliche Abstimmung ergab die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses mit 271 gegen 221 Stimmen. Um den oben genannten Antrag des Genossen Robert Schmidt entspann sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte, die schließlich zur Ueberweisung der Materie an den nächsten Parteitag führte.

*

Chemnitz, den 21. September.

Der letzte Tag setzte mit spannenden Momenten in der Erörterung des Falles Hildebrand ein. Es war kein „Ketzergericht", wie liberale Journalisten unter Bezugnahme auf den „Fall Traub" gespöttelt haben, leider sekundiert von einer kleinen Zahl von Genossen. Das Verfahren gegen Hildebrand in breitester Oeffentlichkeit, unter Ausnutzung aller durch die Organisation gegebenen Instanzen, ist wahrlich alles andere als ein Inquisitionsverfahren, und der deutsche Parteitag ist kein preußischer Oberkirchenrat. Aber ein Mann, der sich durch die von ihm in seinen wissenschaftlichen Arbeiten gezogenen Schlußfolgerungen selbst in Gegensatz zu der praktischen Politik der Partei stellt, wie Hildebrand, hat keine Stätte mehr in ihr, trotz aller Anerkennung seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit und seines wissenschaftlichen ehrlichen Forschungstriebes. Wir verweisen im einzelnen auf den ausführlichen Bericht über diese interessante Auseinandersetzung. In ihr befürwortete Süßheim als Referent der Beschwerdekommission den Ausschluß Hildebrands; ihm trat Müller-München als Korreferent entgegen. Darauf hatte Hildebrand Gelegenheit, seine Anschauungen dem Parteitage vorzutragen. Er machte den Eindruck eines ehrlich von seinen Theorien überzeugten weltfremden Gelehrten, gab aber selbst mehrfach indirekt zu, daß er den elementarsten Forderungen des Tageskampfes und den politischen Maßnahmen unserer Partei nicht folgen kann und will. Genosse Dittmann-Solingen sprach im Namen der ausschließenden Organisation. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Zetkin, Gradnauer, Heine, Laufenberg, Hofrichter und andere. Die überwiegende Mehrheit des Parteitages, etwa eine Vierfünftelmajorität, sprach sich für den Ausschluß Hildebrands aus.

Die Aufmerksamkeit des Parteitages ließ leider nach der sechsstündigen Hildebrand-Debatte viel zu wünschen übrig, so daß der weitere, sich auf verschiedene Ausschlußverfahren beziehende Bericht der Beschwerdekommission, den die Genossen Hoffmann aus Hamburg und Limbertz erstatteten, wenig Zuhörer hatte, obgleich sich an einzelne Fälle eine lebhafte Diskussion anschloß.

Das Resultat der Vorstandswahlen ergab die Bestätigung der bisherigen Vorstandsmitglieder; dasselbe gilt von der Kontrollkommission. Nach einem kurzen Referat des Genossen Molkenbuhr über den nächsten internationalen Kongreß und die Erledigung der hierzu vorliegenden, sowie einiger anderen Anträge schloß Genosse Haase mit einem warm empfundenen anfeuernden Schlußwort den Parteitag. Nach einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie und dem Gesang der Wahlrechtsmarseillaise gingen die Delegierten auseinander zu neuer Arbeit.

Zur Teuerung.

Preußische Domänen und Fleischteuerung.

Am 10. September hielt der Hansabund in Berlin eine „Ausgleichskonferenz von Angehörigen des Gewerbestandes, der Landwirtschaft und Mitgliedern des Reichstages" ab, um Stellung zur Fleischteuerung zu nehmen. In dieser Versammlung hat der Reichstagsabgeordnete Koch-Unterfahrenstädt verlangt, daß bei der Verpachtung und dem Verkauf von Domänen eine Bindung der Pächter oder Käufer, Vieh zu züchten, vorgenommen werden soll. Diese Forderung hat sich der Hansabund zu eigen gemacht. Der Hansabund nimmt mit dieser Forderung nur eine sozialdemokratische Forderung auf, die unsere Genossen bereits im Jahre 1911 im preußischen Abgeordnetenhause gestellt haben. Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses verlangte bei Beratung des Domänenetats eine Uebersicht, wie sich in den letzten zehn Jahren die Viehhaltung auf den preußischen Staatsdomänen gestaltet hat. Sie stellte den Antrag:

„die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage bis zur dritten Lesung des Etats eine Aufstellung über die Entwicklung der Viehhaltung in den letzten zehn Jahren zugehen zu lassen."

Zu diesem Antrage bemerkte der Redner des Zentrums, bevor der Antrag begründet war, er scheine ihm a priori wohl annehmbar zu sein. Er setze aber ausdrücklich voraus, daß nicht verlangt werden soll, daß alle Domänen unbedingt Vieh halten müssen.

Der sozialdemokratische Redner bemerkte zur Begründung des Antrages:

„Die Viehhaltung ist für den preußischen Staat und für das gesamte Volk eine der allerdringendsten und wichtigsten Angelegenheiten. Es wurde nun uns gegenüber die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß gerade auf den staatlichen Domänen der Rückgang der Viehhaltung außerordentlich groß sein soll, und durch diesen Rückgang der Viehhaltung auf den staatlichen Domänen wird natürlich die Fleischnot gefördert und werden die Fleischpreise außerordentlich gesteigert. Darum verlangen wir, daß der Staat bei Verpachtung der Domänen den Pächtern die Verpflichtung auferlegt, für vermehrte Fleischproduktion zu sorgen, und wir wünschen auch, daß das in den Fachbedingungen zum Ausdruck kommt. Der Staat sollte mit seinem ausgiebigen Domänenbesitz das Interesse der Allgemeinheit fördern und nicht nur das Interesse für die Domänenpächter, das öfter dem der Allgemeinheit diametral entgegensteht."

Hierauf erklärte der Zentrumsredner Schmedding-Münster, nachdem er gehört habe, daß die Sozialdemokraten doch einen solchen Zwang wollen, daß also auf den Domänen unbedingt Vieh gehalten werden muß, könne er ebensowenig wie seine Parteifreunde dem Antrage die Zustimmung geben. Die andern Parteien sprachen sich überhaupt nicht aus, sie wußten, daß da eine bedenkliche Sache berührt wurde. Deshalb hielten sie es für das beste, den Antrag schweigend abzulehnen. Kein Hansabündler stimmte dem Antrage zu!

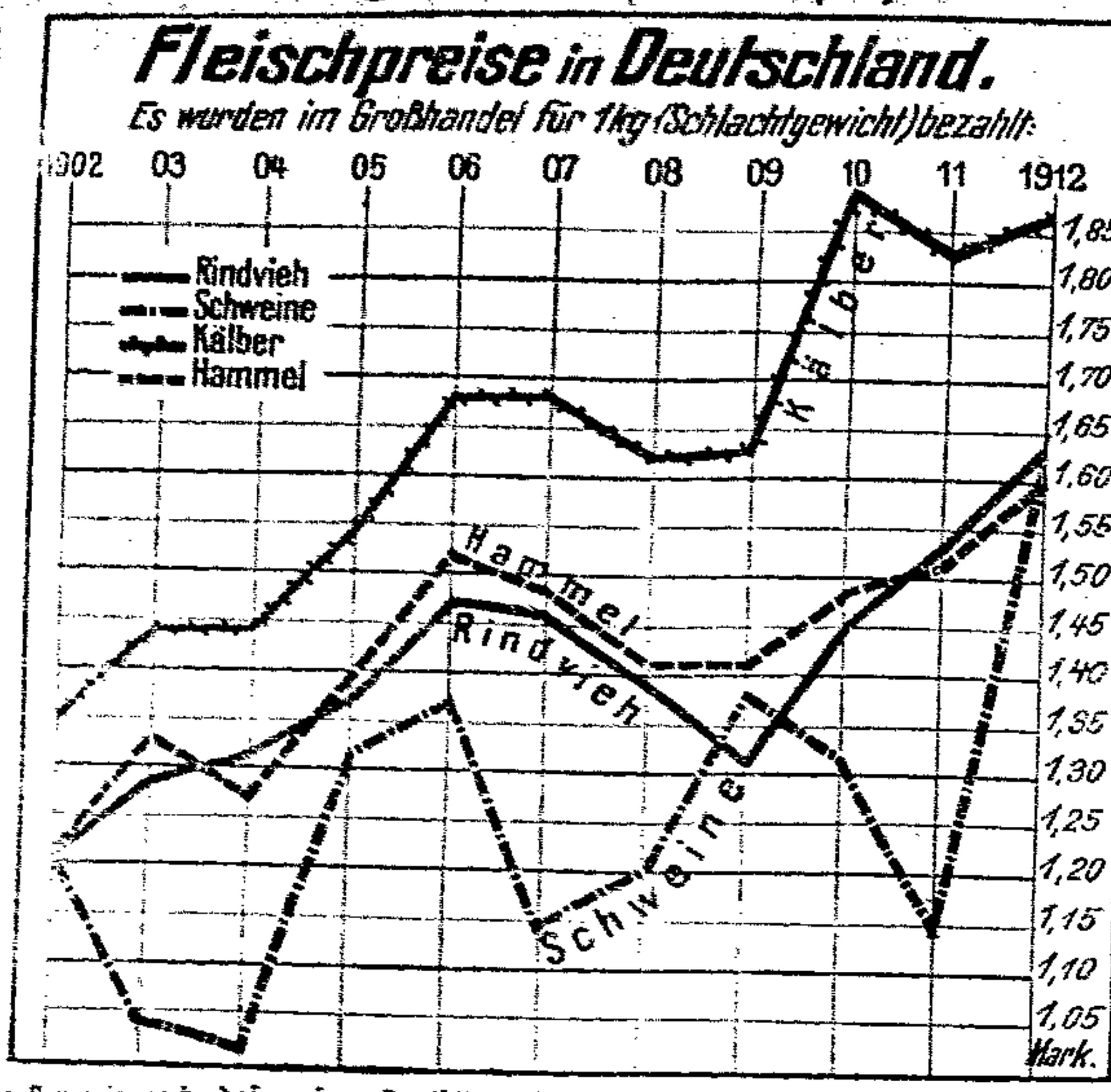
Die verpachteten Domänen umfassen einen Grundbesitz von zirka 440 000 Hektar Land. Es sind nicht die schlechtesten Großgrundbesitzstellen, und da ist es ein um so größerer Skandal, daß die Domänenverwaltung duldet, daß die Bewirtschaftung teilweise ohne jede Viehhaltung geschehen darf.

*

Zur Fleischteuerung in Deutschland.

Die außergewöhnliche Fleischteuerung hat in den letzten Wochen erschr..kende Dimensionen angenommen und ist zu einer offenkundigen Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft und vor allem für die Volksgesundheit geworden. Überall will man jetzt in städtischer Regie oder mit Gemeindemitteln die Bekämpfung der schlimmsten Notstände selbst in die Hand nehmen. Ferner sind aus allen Gegenden Deutschlands Petitionen an die Reichs- und Staatsbehörden gerichtet worden, in welchen diese zur baldigen Bekämpfung der Teuerung aufgefordert werden. Besonders hofft man, durch teilweise Aufhebung der Grenzsperre die hohen Fleischpreise entsprechend reduzieren zu können. Ferner wird von der Regierung eine Revision der Zölle für Futtermittel verlangt.

In unserer heutigen Statistik geben wir den Lesern eine graphische Übersicht der Fleischpreise in Deutschland in den Jahren 1902 bis 1912. Mit Ausnahme von Schweinefleisch, welches in den Jahren 1903/04 und ebenso 1907 und 1911 einen Preisrückgang zu verzeichnen hatte, sind die Fleischpreise in den letzten 10 Jahren fast durchweg in die Höhe gegangen. Besonders war dies beim Kalbfleisch der Fall, aber auch alle anderen Hauptfleischsorten haben, wie ein Blick auf die Statistik lehrt, und wie dies ja auch allen Hausfrauen zur Genüge bekannt ist, eine Höhe erreicht, die unbedingt in Kürze durch energische Maßnahmen eine Verminderung erfahren muß. Bemerken wollen wir noch, daß unsere Statistik nach den Angaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes gezeichnet wurde, also absolut genaue Zahlen enthält und daß letztere die Großhandelspreise für 1 kg Schlachtgewicht angeben.



Maßnahmen gegen die Teuerung.

Die badische Oberbürgermeisterkonferenz beschloß die Einberufung des deutschen Städtetages zu beantragen. Ferner soll der Vertreter der badischen Regierung im Bundesrat für die Einfuhr gefrorenen und gekühlten Fleisches sowie von argentinischem Schlachtvieh und für Beseitigung der Futtermittelzölle eintreten. Die badische Fleischakzise soll aufgehoben und die Errichtung städtischer Schweinemetzgereien geprüft werden.

In der Stadtverordnetenversammlung in Nordhausen konstatierte der Vertreter der Finanzkommission, daß die Schlachtungen im letzten Jahre um 36 Prozent zurückgegangen sind — auch ein Zeichen der Zeit! Trotzdem hatte der Oberbürgermeister vor einigen Tagen der in der öffentlichen Protestversammlung gewählten Deputation gegenüber erklärt, jetzt seien ja das Gemüse und die Kartoffeln so billig, daß die hohen Fleischpreise im Arbeiterhaushalte nicht so bemerkt würden. Im übrigen sei zur Beschaffung von Lebensmitteln nicht die Kommune da; denn dies sei Aufgabe der Selbsthilfe. Mit der Einrichtung des Seefischverkaufs glaubt der Magistrat seine Aufgabe erfüllt zu haben, zumal sich die Stadtverwaltung der Petition zur Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, die durch den Städtetag an die Regierung gehen soll, angeschlossen hat. Der Obermeister der Fleischerinnung erklärte sich für die Einfuhr von Zucht- und Magervieh. Wertvoll ist sein fachmännisches Urteil, daß ausländisches Vieh nicht so seuchenverdächtig sei, wie das deutsche! — Beschlossen wurde, den Seefischverkauf nicht nur an einzelnen Tagen, sondern ständig und zum Selbstkostenpreise vorzunehmen. Die gewählte gemischte Kommission soll bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung positive Vorschläge zur Abhilfe der Teuerung in der Stadt machen.

In Berlin hatte Oberbürgermeister Wermuth am Mittwoch eine Konferenz von Vertretern der Gemeinden Groß-Berlins anberaumt. Es waren erschienen Vertreter der Städte Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Neukölln, Schöneberg sowie der Gemeinden Treptow, Pankow, Reinickendorf, Tegel, Steglitz, Friedenau usw. Allseitig wurde der Wunsch ausgedrückt, die Verkaufe von Seefischen noch weiter auszudehnen. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, eine gemeinsame Eingabe an den Bundesrat zu richten wegen der Erleichterung der Einfuhr gefrorenen Fleisches. Ferner wurde beschlossen, Einrichtungen in Groß-Berlin zu treffen, um die Einfuhr von Gefrierfleisch in großen Mengen zu ermöglichen. Außerdem wurde angeregt, den An- und Verkauf von Seefischen gemeinsam zu organisieren, um dadurch den Verkauf noch weiter ausdehnen zu können.

In Köln am Rhein nahm eine Versammlung von Metzgermeistern zur Fleischteuerung Stellung. Der Obermeister der Kölner Innung [illegible] daß die [illegible] der Regierung und der Gemeindebehörden irreführend seien. Bei der Einfuhr der geschlachteten Tiere würde [illegible], daß das Gewicht bei Ochsen und bei Schweinen sich gegen früher um 25 Prozent vermindert habe. Die Versammlung fordert [illegible] und vermehrte und erleichterte Einfuhr von Zucht- und Schlachtvieh [illegible] Ermäßigung der Viehzölle. — Es hat den Anschein, als verdrängten die Kölner Schlachtermeister die [illegible] des von der städtischen Verwaltung [illegible] Fleisches [illegible] haben. [illegible]

Der preußische Landwirtschaftsminister hat einer Meldung des Berliner Tageblatts zufolge den Regierungspräsidenten von Posen ermächtigt, die Genehmigung zur Einfuhr von Schlachtvieh und [illegible] aus Österreich-Ungarn zur [illegible] im Schlachthause [illegible] zu erteilen.

*

Wenn die Agrarier unter sich sind . . .

[illegible] Wochenblatt [illegible] über den [illegible] gemacht, die von den Herren Agrariern [illegible] Tagung des [illegible] gegeben wurden. Danach erzählte der Graf von [illegible], daß auf einem Gut [illegible] nicht einmal die Kosten gedeckt wollte, eine Gründüngung vorgenommen und künstlicher Dünger verwendet wurde. Der Roggen auf diesem „Sanndboden" — wie das auch in der Versammlung bezeichnet wurde — gab einen Ertrag von acht Zentnern und 55 Pfund pro Morgen. Die sämtlichen Ausgaben betrugen pro Morgen 45 Mark, die Ernte brachte 90 Mark, also genau das Doppelte oder 100 Prozent. Der Ertrag wäre, so [illegible] noch größer gewesen, wenn das [illegible] Wild nicht so großen Schaden angerichtet hätte, das sicher auch dem Grafen von Stolberg gehört. Ein Gegenstück zu der gräflichen Feststellung einer guten Ernte ist in derselben Nummer des Grünberger Wochenblatts eine Zuschrift der Sekretärs des Kreises [illegible]

Sprottau, in der verkündet wird, daß die hohen Lebensmittelpreise in fünf bis sechs Monaten von selbst wieder in normale Bahnen kommen würden, da Futtermangel herrsche und die Ernte nur eine Mittelernte sei. Man sieht, die Herren Agrarier verstehen ihr Geschäft.

Deutschland.

Der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe

soll, wie eine offiziöse Korrespondenz meldet, dem Reichstag in der nächsten Tagung vorgelegt werden. Der Gesetzentwurf besteht aus 15 Paragraphen, er faßt die Bestimmungen von 8 Paragraphen der Gewerbeordnung zusammen. Für die Regelung der Sonntagsruhe ist dabei unterschieden zwischen offenen Verkaufsstellen und Betrieben ohne solche. In bezug auf die Kontore usw. steht der Entwurf auf dem Standpunkt, daß die volle Sonntagsruhe, abgesehen von einzelnen Gewerbezweigen und besonderen Fällen, allgemein durchführbar ist. Für offene Verkaufsstellen sind als Höchstmaß der Beschäftigungszeit drei Stunden vorgesehen. Jedoch soll die höhere Verwaltungsbehörde befugt sein, eine Beschäftigung bis zur Dauer von vier Stunden zuzulassen in solchen Orten, in denen die Bevölkerung aus der weiteren Umgegend an Sonntagen ihre Einkäufe zu machen gewohnt ist. Das ist wieder eine ganz ungenügende „Lösung" der Sonntagsruhefrage.

Internationale Arbeiterschutzkonferenz.

Die Berliner Neuesten Nachrichten melden, es sei zu erwarten, daß der schweizerische Bundesrat demnächst eine Einladung zu einer zweiten internationalen Arbeiterschutzkonferenz ergehen lassen wird, die von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz angeregt worden ist. Der schweizerische Bundesrat habe der Anregung zugestimmt. Die Konferenz soll sich mit dem Maximalarbeitstag für Frauen und Jugendliche beschäftigen. Die erste derartige Konferenz fand im Jahre 1906 in Bern statt. Sie beschäftigte sich im wesentlichen mit der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen.

Zum Tode des Berliner Oberbürgermeisters Kirschner.

Schnell hat ihn der Tod dahingerafft. Er hat nur wenige Wochen sich der Ruhe pflegen können nach seinem Abgange. Dr. Kirschner, Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, war ein [illegible], wie selten einer. Die Beisetzung hat [illegible], wie es der Verstorbene gewünscht hat, auf dem Friedhofe in Friedrichsfelde bei Berlin stattgefunden. In der [illegible] widmete der Oberbürgermeister Wermuth dem Verstorbenen einen herzlichen Nachruf. Dr. Kirschner wollte auch in seinem Ruhestand nicht untätig sein, denn er hatte noch kurz vor seinem Tode mit dem Studium der geschichtlichen Entwicklung der Sozialdemokratie begonnen, wofür ihm seitens des Vorsitzenden der Berliner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion das nötige Material zur Verfügung gestellt worden war.

Der letzte Wille Kirschners entsprach vollkommen dem [illegible] Wesen des Verstorbenen, der jedem Prunk abhold war. Dr. Kirschner wünschte, in möglichst einfacher Weise in einem schlichten, schwarzen Sarge beerdigt zu werden. An der Bestattung sollten nur seine nächsten Verwandten und Freunde mit einem bekannten Prediger teilnehmen, weshalb alle Behörden, Vereine usw. von der Entsendung von Vertretern sowie von allen Kranzspenden Abstand genommen haben. In gleicher Weise hat Dr. Kirschner als Nachruf in den Zeitungen sowie die Abhaltung [illegible] Toten- und Erinnerungsfeierlichkeiten untersagt. Der Prediger sollte nur den 90. Psalm verlesen und dann einige [illegible] Worte an die Angehörigen richten, aber nicht länger als fünf Minuten. Der Berliner Magistrat hat diesen Anordnungen Folge geleistet. Der letzte Wille war bereits am 7. Februar aufgesetzt.

*

Kirschners Erbe. Der [illegible] Geist, in dem der ehemalige Berliner Oberbürgermeister kurz vor seinem Tode den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung um Angabe von Literatur über die sozialistische Bewegung und die verschiedenen Strömungen in der Partei bat, muß den Angehörigen des [illegible] Gedankens dazu verhalten, den Freisinn im allgemeinen und Herrn Kirschner im besonderen des Mangels an [illegible] Gesinnung zu beschuldigen. Ja, der Reichsbote bringt es fertig, in dem Schreiben noch eine nachträgliche Rechtfertigung der Regierung zu erblicken, die dem gewählten Oberbürgermeister die Bestätigung lange Zeit verweigerte. Die Regierung ist nun aber nicht ganz konsequent gewesen, denn man hat nichts davon gehört, daß Kirschner, bevor er endlich die Bestätigung erhielt, von den staatlichen Behörden über seine Kenntnisse von der Sozialdemokratie und seine Stellung zu ihren Bestrebungen examiniert worden wäre. In diesem Falle hätte er sich ja auch nicht erst nach seiner Amtsniederlegung nach Informationen umzutun brauchen.

Die Wahl in Schlettstadt.

Das Resultat der Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt entspricht den Erwartungen. Das Zentrum hat zwar mit beträchtlicher Mehrheit das Mandat des fast rein katholischen Kreises behauptet, aber seine Stimmenzahl ist, obgleich die Wahlbeteiligung nur um 269 Stimmen abgenommen hat, von 8340 auf 7112 zurückgegangen, also um mehr als 1200 Stimmen. Dagegen hat die Stimmenzahl der Sozialdemokraten und der Fortschrittler sich um 1000 vermehrt, von 4065 auf 5065. Dem äußeren Anschein nach hat zwar auch der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Imbs, Straßburg, ungefähr 1300 Stimmen eingebüßt; aber diese Stimmen sind ihm am 12. Januar von fortschrittlicher Seite zugefallen, da die Fortschrittliche Volkspartei keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte.

Die schwarze Bande hat bei diesem Wahlkampfe gehaust wie die Wilden und kommen wir auf diesen Wahlkampf noch zurück.

Zu den schweren Zusammenstößen in Plauen

wird von dort geschrieben:

Im Jahre 1906 machte der damals amtierende Oberbürgermeister den Versuch, an Stelle des bestehenden allgemeinen Listenwahlsystems ein Berufswahlrecht nach Chemnitzer Muster einzuführen. Sein Plan scheiterte, weil der Freisinn das Stadtparlament beherrschte und eine sozialdemokratische Gefahr noch nicht vorhanden war. Jetzt liegt die Situation anders; die Ratspartei ist wieder obenauf, aber die Sozialdemokratie ist ihr dicht auf den Pelz gerückt. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl betrug der Abstand zwischen den sozialdemokratischen und den bürgerlichen Stimmen nur noch 1000. In diesem Jahre haben bereits 2500 Einwohner, meistens Arbeiter, das Bürgerrecht erworben, so daß begründete Hoffnung besteht, daß bei der kommenden Wahl die ersten Genossen in das bis jetzt sozialistenreine Stadtparlament gewählt werden. Dem sollte noch rasch vorgebeugt werden. Der erst drei Monate amtierende neue Oberbürgermeister hat auf Verlangen der Scharfmacher einen neuen Entrechtungsentwurf ausgearbeitet, welcher ein Fünfklassenwahlrecht bietet, wobei Besitz und „Bildung" mehrere Stimmen haben sollen. Die Reichen haben achtmal mehr Stimmrecht als die Armen. (!!)

Bisher war es üblich, daß auch den Ersatzmännern der Stadtverordneten alle Druckvorlagen zugeschickt wurden; der neue Oberbürgermeister kümmert sich um die bisherigen Gepflogenheiten nicht; er verweigert den Ersatzmännern auch auf Verlangen die Aushändigung seiner Begründung der Wahlentrechtung, weil die Ersatzmänner der sozialdemokratischen Partei angehören.

Der Polizeisäbel gegen protestierende Arbeiter. Nach Schluß zweier stattgehabter Protestversammlungen gegen den neuen Wahlrechtsentwurf für die Stadtverordneten zogen mehrere tausend Teilnehmer vor das Rathaus, wo die Stadtverordnetenversammlung gerade über eine wegen der Fleischteuerung an die Regierung zu richtende Eingabe verhandelte. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Menge. Die Polizei schlug rücksichtslos mit der blanken Waffe auf die Masse ein. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Stab des 2. Bataillons des preußischen Infanterieregiments Nr. 20 im Sitzungszimmer der „sozialdemokratischen" Gewerkschaften.

Aus Riesa in Sachsen meldet man uns:

Finden irgendwo Versammlungen oder Vergnügungen der Freien Gewerkschaften oder Arbeiter-Sportvereine statt, so verlangen Militär- und Zivilbehörden von den Saalbesitzern, daß sie ein Schild mit der Aufschrift: „Heute für Militär verboten!" heraushängen. Angeblich um dadurch das Militär vor sozialdemokratischer „Verseuchung" zu bewahren. Wir behaupten nun, daß der Grund zu dieser Maßnahme eine ganz anderer ist. Durch die oben angegebene Tatsache wird das aufs neue bewiesen. Genannter Stab hatte sein Bureau in den Sitzungssaal des Gewerkschaftskartells für Riesa, Goethestraße 80 gelegt. Es gab einen ungewöhnlichen Anblick: Die Herren Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere arbeiteten auf der einen, die Angestellten der „sozialdemokratischen" Gewerkschaften auf der anderen Seite. Hoffentlich ist das nicht zur Tatsache geworden, was man von den elektrischen Polen sagt, daß sich gegenteilige Pole anziehen. Dann müßte ja das Deutsche Reich in allen Fugen krachen. Ehe die Herren zum Sitzungszimmer gelangten, mußten sie durch den Warteraum, wo außer den vielen Gewerkschafts-Zeitungen und Plakaten der Vorwärts, der Wahre Jakob, die Breslauer Volkswacht usw. aushängen. Sie ließen sich auch nicht stören durch die vielen Plakate, durch die auf einen irgendwo zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern ausgebrochenen Kampf aufmerksam gemacht und aufgefordert wird, den Kämpfenden nicht in den Rücken zu fallen, noch als in demselben Raume die Volkszeitung zur Ausgabe gelangte. Die nach dem Bureau fragenden Soldaten machten große Augen, wenn sie nach dem Raume gewiesen wurden und mancher sah verständnisvoll an die Wände. Abzuwarten bleibt, ob sich durch dieses Vorkommnis nicht noch schwere Schädigungen des Militarismus zeigen werden. Sollte aber der Aufenthalt in dem mit sozialdemokratischem Gifte durchschwängerten Raume befruchtend in unserem Sinne auf die militärischen Besucher oder sich Aufhaltenden gewirkt haben, so würde uns das besonders freuen. Nachdem von dieser Seite aus den Gastwirten bewiesen worden ist, daß man gegen sozialdemokratische Literatur nichts einzuwenden hat, werden sie wohl nicht mehr so ängstlich sein, wenn sie ersucht werden, auch die Volkszeitung in ihren Lokalen auszulegen.

Abgeblitzt. Einen Korb erhält der vielgeschäftige Freiherr v. Zedlitz von den Nationalliberalen. Er hatte in einem seiner vielen Artikel den Nationalliberalen vorgehalten, daß sie, wenn sie mit den Fortschrittlern für die Landtagswahlen ein Abkommen träfen, keine Mittelpartei mehr sein würden. Darauf antwortet ein preußischer Landtagsabgeordneter in der Nationalliberalen Korrespondenz folgendes:

„Herr v. Zedlitz kann sich beruhigen. Die preußischen Nationalliberalen werden ihre Wahltaktik so treffen, wie es den Interessen ihrer Partei entspricht, ohne Rücksicht auf seine Kritik. Er hat am wenigsten Grund, darüber zu klagen, daß der Boden der Mittelpartei angeblich verlassen würde. Auch die freikonservative Partei hat sich einmal als Mittelpartei betrachtet. Heute ist sie ein Anhängsel der Hochkonservativen und der Agrardemagogie, unter deren Schutz sie namentlich in Hannover bestrebt ist, dem dortigen wirtschaftlich und politisch sehr maßvollen Nationalliberalismus das Wasser abzugraben."

Ausland.

Die Wahlrechtskämpfe in Ungarn.

Die so stürmisch verlaufene erste Sitzung des Reichstages nach den Sommerferien dauerte am Dienstag bis 10 Uhr abends. Mittwoch vormittag hatten sich die oppositionellen Abgeordneten bereits vor Beginn der Reichstagssitzung in den Saal begeben. Als der Handelsminister und der Landesverteidigungsminister im Saale erschienen und ihre Plätze einnahmen, wurden sie von der Opposition mit Schimpfworten, wie Gauner, Diebe, begrüßt. Der Handelsminister erhob sich und ging zur Opposition hinüber. Sofort packten ihn einige Abgeordnete, warfen ihn zur Erde und schlugen ihn blutig. Darauf kam Polizeimacht, und unter heftigem Widerstand wurde wieder die gesamte Opposition aus dem Saale entfernt. Sodann wurde über den Bericht des Immunitätsausschusses verhandelt. Nach diesem Bericht werden 50 Abgeordnete für die nächsten 30 Sitzungstage und 10 Abgeordnete für die nächsten 15 Sitzungstage ausgeschlossen. Hierauf nahm man die Wahlen der Delegationsmitglieder vor. Es wurden 40 ordentliche Delegationsmitglieder und 10 Ersatzmänner gewählt; sie gehören sämtlich der nationalen Arbeitspartei an, nur 5 sind Kroaten die jedoch auch der Regierungspartei angehören. Um 12½ Uhr mittags vertagte sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit.

Weitere Meldungen aus Budapest vom 18. September besagen:

Die Situation ist sehr kritisch. Der Kultusminister soll bereits seine Demission eingereicht haben. Wie aus bestimmten eingeweihten Kreisen berichtet wird, beschäftigt sich auch der Minister Lukacs mit dem Gedanken, die unhaltbare politische Situation durch seine Abdankung zu beendigen.

Türkei.

Ein türkischer Sieg bei Derna.

Der Frankfurter Zeitung wird von ihrem Spezialkorrespondenten in Derna unter dem 15. d. M. geschrieben: Gestern beim Morgengrauen beschossen sieben italienische Bataillone die ganze türkische Vorpostenlinie. Zwei feindliche Batterien fahren 800 Meter vor dem Fort Sidi Abdulla auf. Die italienischen Vorposten weichen zurück, bis die erste Verstärkung eintrifft und eine Umgehung vereitelt. 100 Meter vor der türkischen Schützenkette wurde der Bajonettangriff eingestellt. Nach achtstündigem Gefecht zogen sich die Italiener zurück, gedeckt durch das Feuer ihrer schweren Geschütze. Sechs Gewehre, Feldgeräte und viele Tote blieben in den Händen der Türken. Die türkische Fahne wurde auf Sidi Abdulla aufgepflanzt. Die Türken hatten drei Verwundete. — An der äußersten Ostseite errichten die Italiener ein neues Fort an einer für die Türken wichtigen Stelle.

* * *

Der Ministerrat beriet den Bericht der italienischen Delegierten für die offiziösen Friedensverhandlungen, insbesondere über den letzten italienischen Vorschlag. Der Ministerrat konnte zu keiner Entscheidung gelangen. Ein Mitglied des Kabinetts äußerte, daß Italien sich bisher den türkischen Vorschlägen noch nicht genähert habe, und betonte, die Pforte würde auf keinen Entschädigungsvorschlag eingehen.

Auf der Pforte eingegangene Nachrichten bestätigen die Meldungen von einem Angriffe der Malissoren auf Tusi. Die Malissoren seien zurückgeschlagen worden. Der Ministerrat hat beschlossen, in das Gebiet von Skutari und an die montenegrinische Grenze eine Division zu entsenden.

Holland.

Blutige Wahlrechtskundgebung.

Anläßlich der Eröffnung der Kammern fand im Haag eine Demonstration für das allgemeine Stimmrecht statt. Ueber 20 000 Teilnehmer waren dem Rufe der sozialdemokratischen Parteileitung gefolgt. Troelstra und andere Genossen hielten Ansprachen. Nach der Versammlung kam es vor dem Parlament und den Ministerien zu Zusammenstößen mit der Polizei, die den Zugang versperrte. Sie zog schließlich sogar blank und schlug in die Menge ein. Mehrere Teilnehmer wurden verletzt, einige auch verhaftet.

Amerika.

Die mexikanischen Wirren.

Newyork. Nach einem Telegramm aus Douglas in Arizona besetzten die Bundestruppen das Bergwerk Eltrige wieder. Die Aufständischen und die Bundestruppen hatten mindestens je sechs Tote. Aus El Paso wird gemeldet, daß die Amerikaner sechs mexikanische Gefangene machten, die als Führer der Aufständischen gelten. Einer davon soll der General Orozco selbst sein. Nach einer Depesche aus Mexiko City erklärte der Präsident Madero in einer Mitteilung an den Kongreß, daß bereits 18 Millionen Dollars von der im Juni abgeschlossenen Anleihe von 20 Millionen Dollars verausgabt seien. Er ersucht um die Genehmigung einer neuen Anleihe und weist darauf hin, daß die Revolution im wesentlichen beendet sei.

Danzig.

Der Magistrat an die Reichsregierung.

Der Magistrat hat an den Reichskanzler und an den Landwirtschaftsminister die unten wiedergegebenen Teuerungseingaben gemacht. Die Begründung entspricht den von uns so oft wiederholten tatsächlichen Klarstellungen und Erläuterungen. Eine tabellarische Übersicht, die den Schriftstücken beigegeben ist, veranschaulicht, wie die Fleischpreise im Laufe der Jahre gestiegen sind bis zur jetzigen Höhe.

Der Magistrat. Danzig, den 18. September 1912.

Betrifft
die Fleischteuerung
in der Stadt Danzig.

An
Seine Exzellenz den Herrn Reichskanzler
Berlin.

Ew. Exzellenz

unterbreiten wir die Bitte: Auf Maßnahmen Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, der außerordentlichen Fleischteuerung, die gegenwärtig in unserer Stadt herrscht, ein Ende zu machen.

Zu diesem Zwecke bitten wir insbesondere, dafür einzutreten:

1. daß aus Rußland oder Österreich-Ungarn bis auf weiteres wöchentlich bis zu dreihundert Schweinen in plombierten Wagen zum sofortigen Abschlachten in das städtische Schlachthaus zu Danzig eingeführt werden dürfen,
2. daß die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien und Australien nach Deutschland möglichst erleichtert bezw. gestattet, der Zoll für diese Einfuhr — wenigstens vorübergehend — aufgehoben und die Untersuchungsgebühr möglichst ermäßigt wird;
3. daß die Einfuhrzölle auf Futtermittel aufgehoben oder möglichst herabgesetzt werden.

Zur Begründung dieser Bitten führen wir Folgendes an:

Die außerordentliche Fleischteuerung dieses Jahres hat sich auch in der Stadt Danzig außerordentlich fühlbar gemacht. Schon in früheren Jahren, insbesondere 1902, 1905 und 1906, sowie 1911 hatten die Fleischpreise in Danzig eine derartige Höhe erreicht, daß die ärmere Bevölkerung ihren Fleischgenuß erheblich einschränken mußte. Die gegenwärtige Teuerung übertrifft jedoch mit ihrer Steigerung der Vieh- und Fleischpreise alle vorausgegangenen Jahre.

Der Magistrat. Danzig, den 18. September 1912.

An
Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten
Berlin.

Ew. Exzellenz

unterbreiten wir die Bitte: Auf Maßnahmen Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, der außerordentlichen Fleischteuerung, die gegenwärtig in unserer Stadt herrscht, ein Ende zu machen.

Zu diesem Zwecke bitten wir insbesondere:

1. zu erwägen, ob nicht in Danzig eine Quarantäneanstalt für dänische und schwedische Rinder eingerichtet werden kann;
2. dafür einzutreten, daß weitestgehende Erleichterungen für den Transport von Futtermitteln gewährt werden.

Zur Begründung dieser Bitten führen wir Folgendes an:

Wie schon in früheren Jahren, so ist auch in diesem Jahre Danzig von einer außerordentlichen Fleischteuerung betroffen worden. Die diesjährige Fleischteuerung übertrifft jedoch bei weitem alle früheren Notjahre.

Ein neues Strafverfahren

schwebt gegen die Volkswacht. Am 27. Juli schilderten wir in der Nr. 61 einen Vorgang, der sich am 21. Juli auf der Langen Brücke abspielte. Ein Tischler Sch., der sich in der Begleitung seines Bruders, Musketier Sch., und seines Schwagers befand, hatte etwas gesungen. Auf den Rat des Schutzmanns Kuhnke, Nr. 100, stellte Sch. seinen in dem sehr lebhaften Verkehr an der Dampferabfahrstelle wenig bemerkbaren Gesangsversuch ohne Widerspruch ein. Damit schien die Angelegenheit überhaupt erledigt. Sch. wurde jedoch von dem Schutzmann Goyke, Nr. 208, nachdem er mit seinen Begleitern die Bedürfnisanstalt am Grünen Tor verlassen, verhaftet und zum Polizeipräsidium gebracht. Unterwegs erhielt der Musketier Sch. von diesem Schutzmann in der Ankerschmiedegasse einen Stoß gegen die Brust. Im Wachzimmer des Polizeipräsidiums wurde der Soldat von dem Schutzmann Nr. 16 heftig angefahren, weil er nach dessen Meinung kommandiert haben sollte.

Wie wenig erheblich das Verschulden der beteiligten Nichtpolizisten bei diesen Vorkommnissen war, beweist die Tatsache, daß der Tischler nur ein Strafmandat über 3 Mark wegen des angeblich ruhestörenden Lärms, den er durch das Singen verursacht haben sollte, erhielt. Die Verhaftung wurde selbst von den Strafbehörden als unbegründet erkannt. Deshalb ist nicht einmal ein Strafmandat ergangen. Der Soldat wurde jedoch wegen ruhestörenden Lärms und Angriffs auf den Schutzmann Goyke vor das Kriegsgericht gestellt. Dieses sprach ihn wegen des Angriffs frei und erkannte nur wegen des Singens auf zwei Tage Mittelarrest. Der Musketier bestritt indes, daß er überhaupt gesungen habe. Wir hatten uns jeder Kritik des Vorfalles enthalten und nur in möglichst abgeschwächter Darstellung die Tatsachen sprechen lassen. Trotz der Ergebnisse der bisherigen amtlichen und gerichtlichen Prüfung des Vorganges sollen wir uns der Beleidigung der Schutzleute Nr. 100, 208 und 16 schuldig gemacht haben.

Das Vorverfahren gegen uns dreht sich wesentlich auch darum, ob der Musketier Sch., der in dieser Hinsicht bereits gerichtlich freigesprochen wurde, den Schutzmann Goyke gestoßen oder angegriffen hatte, als dieser ihn schlug. Mehrere Zeugen, die den Vorgang aus der Nähe sahen, bestritten durchaus jede Tätlichkeit des Soldaten. Ein Bäckergeselle Papenfuß, der nach seiner Angabe mit dem Schutzmann Goyke in einem Hause wohnt, behauptete jedoch, daß der Musketier mehrere schlagartige Bewegungen gegen Goyke geführt habe. Schon vor dem Kriegsgericht hatte Papenfuß sich einer Ausdrucksweise bedient, die seiner gewöhnlichen Sprache fremd schien. Auch dort mußte er seine Aussage schon einschränken. Vor dem Untersuchungsrichter mußte er jedoch in der Strafsache gegen uns nach der Gegenüberstellung mit anderen Zeugen seine den Soldaten belastende Aussage zurückziehen. Zuerst stellte er allerdings auch hier wieder die erste Behauptung auf. Dann gab er zu, daß es ihm nur aus einiger Entfernung geschienen habe, daß der Soldat Bewegungen machte. Über deren Art und Absicht könne er aber nichts sagen. Diese Zeugnisänderung blieb auf den Untersuchungsrichter nicht ohne Eindruck. Er machte dem P. deswegen ernste Vorhaltungen.

In dem Vorverfahren wurden auch Genosse Bartel und seine Frau, die die Vorgänge am 21. Juli beobachtet hatten, vernommen. Der Untersuchungsrichter fragte dabei auch, ob Bartel wüßte, wie der Artikel in die Volkswacht gekommen sei. Er bestand aber auf der Antwort nicht, als Bartel fragte, ob er dazu verpflichtet sei, nach der Seite hin Auskunft zu geben.

Stadtverordnetensitzung. Endlich findet nach vierteljähriger Pause wieder eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Die Herren werden sich wohl soweit „erholt" haben, daß sie frisch und fröhlich an die Arbeit gehen können. Auch der Herr Oberbürgermeister ist von seinem Erholungsurlaube zurückgekehrt. Nicht weniger als 43 Punkte haben die Herren zu erledigen; also liegt ein reiches Arbeitsfeld vor. Die wichtigste Sache ist die Fleischteuerung. Man hätte erwarten sollen, daß die Stadtverordneten schon längst hätten zusammentreten müssen, um diese Frage zu ventilieren, die ganz Deutschland in Aufregung versetzt. Ob es freilich unter den Stadtverordneten Herren gibt, die unter der Teuerung zu leiden haben, wissen wir nicht, glauben es aber kaum. Vom Reichskanzler herab bis zu den Stadtverordneten wollen alle ihre Ruhe haben.

Die Danziger Zeitung meldet hierzu, daß am Dienstag **wiederum** eine Sitzung der Stadtverordneten stattfindet. Wiederum nach einem Vierteljahr?!! — — —

Politische Agitation auf der Kaiserlichen Werft. Die politische Agitation auf der Kaiserlichen Werft mit amtlichem Charakter taucht neuerdings wieder auf. Im Dezember 1909 und Januar 1910 hatte das Arbeiteramt der Kaiserlichen Werft Danzig vom Staat besoldete Beamte für die Agitation der katholischen Arbeitervereine Danzigs bereitgestellt, indem dieselben Bekanntmachungen zu Versammlungen der vorgenannten Vereine anfertigen und zum Aushang auf der Werft bringen mußten. In der Reichstagssitzung am 8. 3. 1910 legte der Abgeordnete Severing mehrere solcher amtlichen Bekanntmachungen auf den Tisch des Hauses nieder. Unter allgemeiner Zustimmung aller Parteien, sowie ausdrücklicher Zustimmung der Mitglieder des Bundesrates, insbesondere des Staatssekretärs v. Tirpitz, betonte der Abgeordnete Severing, daß eine parteipolitische und religiöse Propaganda in den Betrieben der Reichsmarineverwaltung nicht betrieben werden sollte. Allgemein wurde anerkannt, daß derartige amtliche Partei- oder Konfessionspropaganda keineswegs geeignet sei, den Frieden in der Arbeiterschaft untereinander zu erhalten oder zu fördern. Seit der Zeit hat unseres Wissens das Arbeiteramt keine Bekanntmachung mehr erlassen. Jetzt scheint wieder ein anderer Wind zu wehen. Der Vorsitzende des Arbeiteramts, mit der bekannten überschwänglichen Herzensgüte, scheint vorstehende Vorkommnisse nicht mehr zu wissen, darum erschien nachstehende amtliche Bekanntmachung:

Bekanntmachung des Arbeiteramts. Danzig, d. 14. September 1912.

Aushang.

Evangelischer Arbeiterverein: Montag, d. 16. Sept. 1912, abends 8 Uhr im Bildungsvereinshause, Hintergasse 16.

„Vorstandssitzung".

Dienstag, d. 17. Sept. cr., abends 8 Uhr im Bildungsvereinshause „Versammlung".

Thema: Stadtverordnetenwahlen.

Vergeblich wird man den organischen Zusammenhang des Arbeiteramts mit den Stadtverordnetenwahlen suchen müssen. Letztere sind, wie die Reichstags- und Landtagswahlen, rein politische Wahlen, in welche sich die Kaiserliche Werft selbst noch angegliederte Organe derselben amtlich nicht einzumischen haben. Wir erheben dagegen entschieden Protest und verlangen, daß solches in Zukunft unterbleibt. Es kann nicht angenommen werden, daß der Reichstag in dieser Sache eine andere Stellung einnehmen wird als im Jahre 1910.

Städtischer Seefischverkauf.

Der Magistrat macht bekannt, daß der Seefischverkauf wieder beginnt. Es werden verschiedene Sorten Seefische am Lager sein: Schellfisch, Kabeljau, Schollen, Heilbutt, Seelachs, Rotzungen usw. Der Verkauf wird am Mittwoch, den 25. d. Mts. in den Räumen Hintergasse 21 und in Langfuhr, Hauptstraße 8 wieder eröffnet. Es wird damit gerechnet, daß das Publikum von dieser in seinem Interesse getroffenen Einrichtung bei den hohen Fleischpreisen regen Gebrauch macht. Verkaufstage sind einstweilen Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend. An diesen Tagen findet der Verkauf von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends mit Ausnahme der Mittagsstunden von 1—3 Uhr statt.

Die Kaiserliche Werft nimmt für sich bei allen möglichen Anlässen den Ruhm in Anspruch, ein Musterbetrieb zu sein. Nach unserer Ansicht sollte ein Staatsbetrieb auch in jeder Beziehung ein solcher auch in Wirklichkeit sein, um auf private Unternehmungen in sozialer und hygienischer Richtung fördernd einzuwirken. Nur zu oft mußten wir die kritische Sonde anlegen, um die Direktion auf besonders grobe Mißstände aufmerksam zu machen. Nachstehende Zeilen dienen demselben Zweck. Die Arbeiter des dritten Ressorts besitzen einen Ankleideraum, welcher als höchst mangelhaft bezeichnet werden muß. In kleineren Abteilungen von je drei Quadratmeter haben sich vierzehn Mann umzuziehen. Bei Arbeitsschluß entsteht ein geradezu beängstigendes Gedränge, jeder will sich so schnell als möglich umziehen, was jedoch nicht möglich ist, weil der Raum entschieden zu klein ist. Was diesen Uebelstand noch vergrößert ist, daß die Räume eine derart primitive Bedachung haben, daß der Regen ungehinderten Eintritt hat. Die des Abends von den Arbeitern trocken aufgehängte Kleidung ist morgens durchnäßt. Dadurch kommt der Arbeiter in eine unangenehme Situation. Entweder er kraucht in die nasse Arbeitskleidung und setzt naturgemäß seine Gesundheit aufs Spiel, oder er muß in seinem Straßenanzug seine Arbeiten verrichten, welches immer mit erhöhten Ausgaben für Kleidung verbunden ist. Eine sofortige Abänderung dieses Mißstandes ist im Interesse aller Arbeiter dringend erforderlich.

Kampf zwischen Rowdys und Polizeibeamten. Am Sonnabend mittag gerieten auf dem Poggenpfuhl zwei jüngere Arbeiter in Streit. Im Verlaufe desselben schlug der eine den andern mit einem Regenschirm über den Kopf. Ein herzueilender Schutzmann, der die Personalien der Kämpfenden feststellen wollte, wurde von einem der beiden mit der Faust ins Gesicht geschlagen und auch mit dem Fuße in den Leib getreten. Der Schutzmann zog darauf blank, aber der Rowdy faßte nach dem Säbel, wobei er sich die Hand aufschnitt. Der andere Rowdy wollte den Schutzmann von hinten mit dem Messer stechen. Ein anderer Schutzmann, welcher glücklicherweise hinzukam, machte durch einen Säbelhieb den ersten Tumultanten kampfunfähig, so daß seine Verhaftung erfolgen konnte.

Unfälle. Die 71jährige Schneiderin Therese Bartsch, wohnhaft Johannisgasse 22, wurde Freitag nachmittag auf dem Langenmarkt in der Nähe des Grünen Tores von einem Tafelwagen überfahren. Sie schlug mit dem Kopf derartig auf das Pflaster, daß sie mit einer schweren Gehirnerschütterung in das Städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte. — Der 60jährige Schuhmacher August Manhold, wohnhaft Burggrafenstraße 12, stürzte gestern die Treppe hinunter. Er erlitt einen Rippenbruch und mußte ebenfalls ins Städtische Krankenhaus geschafft werden.

Elbing.

Der Liberale Verband für Westpreußen hält am 29. September in Elbing, und zwar im Gewerbevereinshause, Spieringstraße, einen Provinzialparteitag ab. Auf der Tagesordnung der geschäftlichen Sitzung, die vormittags 11½ Uhr beginnt, stehen außer geschäftlichen Angelegenheiten als wichtigste Punkte „Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei" und Besprechung über „die preußische Landtagswahl". Außerdem werden die Vorstandswahl, die Wahl von zwei Mitgliedern des Zentralvorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei und von Delegierten zum Mannheimer Parteitag vorgenommen werden.

Um 2½ Uhr findet ein gemeinschaftliches Mittagessen (Kuvert 2 Mark) statt und um 4 Uhr nachmittags eine öffentliche Versammlung, für die als Redner die Herren Abgeordneten Dr. Wiemer und Geheimrat Cassel vorgesehen sind.

Die Schweinepreise gehen immer weiter in die Höhe. So kosteten auf dem Schweinemarkt gute Handelsschweine der Zentner Lebendgewicht 55 Mark, mittelgroße das Stück 35 bis 40 Mark. Diese wurden nach Sicht gehandelt. Brühlinge von drei Monaten wurden im Durchschnitt das Stück mit 30 bis 34 Mark bezahlt. Für Ferkel von vier bis sechs Wochen wurden Preise von 11 bis 15 Mark, von sechs bis acht Wochen 16 bis 21 Mark und für solche von acht bis dreizehn Wochen 20 bis 25 Mark bezahlt. Läuferschweine kosteten im Alter von drei bis vier Monaten 30 bis 40 Mark das Stück und pro Zentner 36 bis 45 Mark, von vier bis fünf Monaten 40 bis 45 Mark das Stück und für den Zentner 44 bis 49 Mark, während ältere einen Preis von 47 bis 52 Mark pro Stück und 49 bis 56 Mark für den Zentner erzielten.

Verband der Maler, Danzig.

Nachruf.

Am Sonnabend, den 21. d. Mts. verschied infolge eines Unglücksfalles unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Rudolf Umrath

im Alter von 46 Jahren.

Der Verband wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Zur Beerdigung unseres Kollegen versammeln sich die Mitglieder am Mittwoch, nachmittags um 4 Uhr an der Leichenhalle des Salvatorkirchhofes, Petershagen.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 24. September 1912, abends 7½ Uhr
Außer Abonnement. Passepartout C. 1.

Eine Million.

Eine Burleske von Georges Berr und Marcel Guillemand.

Mittwoch, den 25. September, abends 7½ Uhr
Abonnements-Vorstellung. Passepartout D. 1.

Die Wildente.

Donnerstag, den 26. September, abends 7½ Uhr. Außer Abonnement. Passepartout E. 1. **Eine Million.**

Freitag, den 27. September, abends 7½ Uhr. Abonnements-Vorstellung. Passepartout A. 1. **Das kleine Schokoladenmädchen.**

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.

Verlangen Sie

überall unsere Spezialmarke

No. 100

Artus 2 Pfg.

gev. gesch.

Feinste, aromatische Qualitäts-Zigarette.

Nur echt, wenn Zigarette Namen u. Nummer trägt.

Zu haben in den einschl. Geschäften.

Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

Zuverlässige Zeitungsträgerin

für Heubude gesucht. Zu melden

Expedition der Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Hausfrauen

Die Zeiten sind schlecht und teuer. Da heißt es rechnen und sparen. Die große Mehrheit

des arbeitenden Volkes

kann sich bei der herrschenden Teuerung kein Fleisch

kaufen

In jedem Haushaltungsbuch bildet das

Brot

das Hauptnahrungsmittel. Mütter und Hausfrauen kauft Brot nur

aus der

durch die anerkannt vorzüglichen Backarten sehr beliebten

Danziger Brotfabrik

G. m. b. H.

Telephon 3[illegible] **Kolbowgasse 15.** Telephon 3[illegible]

Das vornehme Kredit-Haus

in Danzig

Nicolaus Pindo Nachf.

M. Grau

4 Holzmarkt 4

Parterre, I., II., III., IV. Etage : Fahrstuhl

liefert zu enorm billigen Preisen und kulantesten Zahlungsbedingungen

einfache, mittlere und vornehme

Wohnungs-Einrichtungen

von 200 bis 15000 Mark.

Einzelne Möbelstücke in jeder Art und Preislage.

Wochenrate von 1 Mark an.

Riesen-Auswahl

in

moderner Herren-Garderobe

Anzüge, Paletots, Ulster usw.

von 3 Mark Anzahlung an.

Damen-Konfektion

für Herbst und Winter

Kostüme, Blusen, Röcke, Mäntel, Jacketts usw.

Anzahlung von 3 Mark an.

Danzigs vornehmste Bezugsquelle

für

moderne Möbel

und elegante Konfektion

unter kulantester Bedingungen

Nicolaus Pindo Nachf.

M. Grau Danzig, Holzmarkt 4

Uhren

Gold- und Silberwaren — Trauringe

A. Goldstein

Juwelier und Uhrmachermeister

Langgasse Nr. 54 **Ecke Beutlergasse**

Schirm-Reparaturen

sauber, schnell und billig

Schirmfabrik

E. & B. Schlachter,

Heilige Geistgasse 141,

2. Haus am Holzmarkt.

2 Paletots à 10 Mk., **1 Taschen-Uhr** 10 Mk., **2 große Lötkolben** wegen Todesfall zu verkaufen. Michaelsweg 15 I.

Friseur **Klein,** Gr. Rammbau 2.

Guten Mittagstisch in Langfuhr in der Nähe Bahnhof.

Junggeselle sucht Waschfrau. Off. unt. A. B. an d. Exped. d. Volksw.

Anfertigung sämtlicher

Haararbeiten

E. Wilm Nachfolger, Karthäuser Straße 99.

Eine Rolle

zu verkaufen **Drehergasse Nr. 8.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Gueng, für den Inseratenteil: Paul Bender, Verlag: Buchdruckerei J. Gehl & Co., Druck von Carl Lange[illegible], Kirchliche in Danzig.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 78. | Danzig, den 25. September 1912. | 3. Jahrgang.

Danzig.

Prozeß Borchardt-Leinert. Der Oberstaatsanwalt Preuß beantragte gegen den Genossen Borchardt wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt unter Zubilligung mildernder Umstände fünf Wochen Gefängnis, gegen Leinert wegen Widerstand 200 Mark Geldstrafe. Die Verteidiger Haase und Heinemann traten den Ausführungen des Staatsanwalts in längeren rechtlichen Darlegungen entgegen. Die Verhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Maler Rudolf Umrath. Derselbe trank am 12. August Aetznatron, welches in eine Bierflasche gefüllt war. Es kann nicht dringend genug gewarnt werden, derartig gefährliche Flüssigkeiten in Gefäßen aufzubewahren, welche sonst zur Aufbewahrung von Lebensmitteln dienen. Gar zu leicht fällt ein blühendes Menschenleben diesem Leichtsinn zum Opfer.

Verloren. Von einem Hauskassierer wurde Mitgliedskarte, Buch und Marken für den Buchbinderverband verloren. Finder wird gebeten, die Sachen im Bureau des Arbeitersekretariats oder Mattenbuden 35, 3 Treppen, bei Schmidt abzugeben.

Elbing.

Fünf Millionen-Anleihe.

Endlich ist etwas Licht in das Dunkel der Finanzlage unserer Stadt gelangt. Die Elbinger Zeitung berichtete vor kurzem, daß infolge der von der Stadt auszuführenden Kasernenbauten, der Eingemeindung von Pangritz-Kolonie und Stadtfeld und sonstiger Projekte eine Anleihe von rund sechs Millionen Mark vorbereitet werde um allen den gestellten Aufgaben finanziell entsprechen zu können. Das Junkerblatt berichtete aber auch weiter, daß die Anleihe in einer solchen Höhe eine so wesentliche Zinsenlast hervorrufe, daß die städtischen Körperschaften genötigt seien, den bisherigen Kommunalsteuerzuschlag um 10 Prozent, also von 225 auf 235 Prozent zu erhöhen. Diese Notiz, welche den Eindruck hervorrief, daß selbige aus dem Magistratsbureau stamme, schlug wie eine Bombe in der Bürgerschaft ein und löste allgemeinen Unwillen aus. Unsere lieben Spießer sind zwar sehr patriotisch und magistratsfromm und bewilligen daher alle Mittel für alle möglichen Dinge, doch kosten darf ihnen persönlich diese Betätigung des Patriotismus nichts. Anderenfalls wird selbst der lammfrommste Spießer fuchsteufelswild. Man hört jetzt nicht vereinzelt das Lamento „hätten wir das gewußt, dann hätte uns das Militär und Elbing als Garnisonstadt am Buckel herunterrutschen können". Diesen bedrängten Portemonnaie-Herzen wird jetzt offiziell etwas Balsam auf die Wunden geschmiert. Der Magistrat verkündet, daß es sich nicht um sechs, sondern nur um fünf Millionen handelt, welche neu gepumpt werden sollen und daß trotz der gesteigerten Verpflichtungen von einer Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlages zurzeit Abstand genommen werden könne. Naturgemäß wird letztere Mitteilung in verschiedenen Kreisen ein Gefühl der Erleichterung erzeugen. Wir aber haben allen Grund diesen Erklärungen des Magistrats recht skeptisch gegenüber zu treten. Das dicke Ende kommt gewöhnlich nach. Doch eines muß hierbei noch bemerkt werden. Als vor zwei Jahren die Gemeindesteuer um 5 Prozent erhöht wurde, stellte es sich nachträglich heraus, daß diese Maßregel gar nicht erforderlich gewesen war, sondern daß der Haushaltsetat der Stadt auch mit 220 Prozent noch richtig balanzierte. Demzufolge konnte ein Ueberschuß der Einnahme in Höhe von rund 200 000 Mark dem nächsten Etat vorgetragen werden. Ob dieses Verhältnisses wurden bereits gewichtige Stimmen laut, den Prozentsatz wieder um die besagten 5 Prozent herabzusetzen. Diese Optimisten werden wohl nunmehr ihre Hoffnungen zu Grabe tragen müssen. Auf absehbare Zeit wird der Gedanke der Steuerermäßigung nicht erfüllt werden, nachdem sich die städtischen Körperschaften in förmlich abenteuerliche militaristische Experimente stürzten. Sehr fraglich erscheint es uns nunmehr auch, ob in dem Etatsjahr 1913/14 die Besteuerung der untersten Steuerstufe in Fortfall kommen wird, wie dies auf Antrag unserer Genossen bei den letzten Etatsverhandlungen seitens der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluß erhoben wurde. Bekanntlich erklärte sich der Magistrat mit diesem Beschluß nur einverstanden, wenn die Finanzlage der Stadt die Durchführung gestattet. Wir können also auf die weitere Entwicklung der Dinge immerhin gespannt sein. Am 1. April 1912 hatte die Stadt Elbing einen Schuldenbestand von 7 108 622 Mark, das macht pro Kopf der Einwohnerschaft 121,23 Mark. Die neue Anleihesumme hinzugerechnet, würde der Schuldenbestand auf die respektable Höhe von rund 12 Millionen Mark gesteigert werden. Die gewaltige Summe von fünf Millionen soll für folgende Zwecke Verwendung erfahren. Für Geländeerwerb zum Kasernenbau, zum Kasernenbau selbst, zum Bau eines Garnisonlazaretts, zur Anlegung von Straßen im Gelände und endlich zum Geländeerwerb für Exerzierplatz und Schießstand 3 154 000 Mark. Für Erweiterung der Gasanstalt und Sanierung des Grunderwerbsfonds 910 000 Mark, ferner für sonstige allgemeine Zwecke, Kursverluste und Kosten der Anleihe 1 036 000 Mark. Interessant hierbei ist, daß allein für die letzteren beiden Posten, Kursverluste und Kosten nicht weniger als 250 000 Mark veranschlagt werden. In Anbetracht der Bedeutung der ganzen Sache werden wir noch auf die Details der Verhandlungen näher einzugehen haben. Bemerken wollen wir nur noch heute, daß voraussichtlich die Redewendung von den „Schulden wie ein Major" umgemünzt werden wird in „Schulden wie die Stadt Elbing". Beschämend für uns ist aber hauptsächlich, daß diese Situation geschaffen wurde durch die Bewilligung für meist u n k u l t u r e l l e Zwecke, währenddem man in den herrschenden Kreisen nichts für die elementarsten Kulturaufgaben übrig hat.

Marienwerder.

Aus der Stadtverordnetensitzung.

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde auch über die bestehende Fleischteuerung verhandelt. Dazu gab eine Anregung des Herrn Weiß Veranlassung. Er empfahl eine Ausdehnung des bereits bestehenden Seefischverkaufs. Zu verwundern sei es, daß gerade von der weniger bemittelten Bevölkerung bisher von dem Seefischverkauf nur wenig Gebrauch gemacht werde. Es komme dies wohl daher, daß die zweckmäßige Zubereitung von Seefischen in der ärmeren Bevölkerung nicht sehr bekannt sei. Man müsse daher in dieser Beziehung auch Anweisungen erlassen. Der Stadtkämmerer Herr Jans bestätigte die Angaben des Vorredners und betonte, daß die Seefische mehr von Angehörigen der bevorzugten Stände gekauft würden. Erst in den letzten Wochen sei hierin ein Wandel eingetreten. Leider sei aber auch in letzter Zeit zu bemerken, daß die Seefischpreise erheblich gestiegen sind. Der Bürgermeister Herr **Z i t z l a f f** bemerkte, es sei wohl kaum möglich für Städte von der Größe Marienwerders in der Fleischteuerung etwas Weiteres zu tun. Einfuhr dänischen und österreichischen Viehs oder der Bezug von Gefrierfleisch käme hier nicht in Frage. (Darum soll man wohl die Hände in den Schoß legen? D. Red.) Herr **F e n s k e** verspricht sich durch die Öffnung der Schlachthäuser in Thorn, Danzig usw. für ausländisches Vieh auch eine gewisse Einwirkung auf die Höhe der Fleischpreise in Marienwerder. Herr **L e i n b a u m** empfahl die Verbreitung von kleinen Kochbüchern, wie sie von den Seefisch-Versandhäusern herausgegeben werden. Übrigens sei auch zu einem großen Teile der Zwischenhandel an der Teuerung schuld. Es müßte verboten sein, daß die Händler die Waren aufkauften, ehe die Hausfrauen ihren Bedarf auf dem Markte gedeckt hätten. Der Stadtverordneten-Vorsteher hob hervor, daß diese Debatte der Bürgerschaft gezeigt habe, wie die städtischen Körperschaften bemüht seien, der Bevölkerung die Beschaffung billigerer Lebensmittel zu ermöglichen.

Stuhm. Bei einem Zusammenstoß eines unerkannten einspännigen Fuhrwerks, auf dem zwei Herren saßen, mit dem leeren Langwagen des Maurer- und Zimmermeisters Herrn Specht hierselbst, in der Nacht zum Sonnabend, wollte der Spechtsche Kutscher, Kohlmann, die Fuhrwerke auseinanderbringen. Da peitschten die Unbekannten Spechts Pferde an. Eines der Pferde schlug aus und traf Kohlmann derart gegen den Kopf, daß er unter die Räder des von den angepeitschten Pferden angezogenen Wagens kam. Ein Rad ging ihm über den Kopf. Die Verletzungen sind schwerer Art. Die Fremden fuhren davon, ohne sich um den Verletzten zu kümmern.

Marienburg.

Die Marienburger Zuckerfabrik beginnt am 1. Oktober ihre diesjährige Kampagne. Da infolge des anhaltenden Regens die Wege und Felder vollständig aufgeweicht sind, wird sich die Rübenernte schwierig gestalten. Es wird daher für die Arbeiter ein sehr mühseliges Beginnen sein, in dem aufgeweichten und grundlos gewordenen Boden zu arbeiten.

Ein schwerer Unfall, bei dem ein blühendes Menschenleben vernichtet wurde, hat sich leider wiederum auf dem hiesigen Bahnhof ereignet. Beim Ueberschreiten eines Geleises wollte der Bahnarbeiter Paul Amling dem nahenden Berliner D-Zuge ausweichen. Dieses gelang ihm auch, unglücklicherweise hatte er dabei aber nicht den um 5.16 Uhr auslaufenden Graudenzer Personenzug bemerkt, von dem A. zur Seite gerissen und auf der Stelle getötet wurde. Der auf so tragische Weise ums Leben Gekommene hinterläßt eine Frau und drei unversorgte Kinder.

Danzig-Land.

Danziger Niederung. Am 31. August gegen 9½ Uhr abends ist in Bürgerwiesen in der Nähe des Brockmannschen Lokals ein Sittlichkeitsverbrechen an der Witwe Marie Zedlitz versucht worden. Der Täter ist unerkannt entkommen. Er wird von der Ueberfallenen wie folgt beschrieben: Mittelgroße, schmächtige Gestalt, rundes Gesicht, dunkler Jackettanzug, schwarzer, steifer Filzhut. Der Erste Staatsanwalt ersucht, etwaige Mitteilungen über Person und Aufenthalt des Täters unverzüglich zu den Akten 3 J. 706/12 zu geben.

Erscheint wöchentlich einmal

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte
S. Maltenfort, Elbing, Alter Markt 5, Möbel und Konfektion

Alkoholfreie Getränke
Trinkt Brandung, vorzügl. Erfrischungsgetränk. Chr. Schatz, Ohra, Teleph. ...

Badeanstalten
Deutsches Bad Elbing. Lieferant sämtlicher Fassen. ...bad 10 Pfg., Wannenbad 25 Pfg. Ununterbrochen geöffnet.

Bäckereien
Aug. Kohnke, Schidl., Carthäuserst. 93.

Beerdigungsanstalten
H. Herder, Elbing, Wilhelmstr. 58.

Berufskleidung
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Bettfedern und Betten
Hygien. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt, Häkergasse 53. fert. Betten, Bettfedern, Einschüttungen

Bierbrauereien
Danziger Akt.-Bierbrauerei. Jahresumsatz ca. 100000 hl.

Bierhandlung
Bierausschank B. ..., Graudenz, Culmerstr. ...
Hotel zum jungen Löwen, Graudenz ... Hotel
A. Kozakowski, Schüsseldamm 41.
... Brauereiausschank ...
Carl Preuss, Graudenz, Langestr. 10, Culmerstr. 17.

Blumenhandlung
H. Gall, Graudenz, Oberthornerstr. 5-6.

Brotfabriken
Danziger Brotfabrik G. m. b. H. Blaue Schilder kennz. d. Niederlagen

Bürsten, Besen, Pinsel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Cigarrenhandlungen
F. Resmerowski, Schichaugasse 16, Pfeifen und Stöcke.
A. Holz Nachf., Schmiedegasse 19
J. Noetzel, Paradiesgasse 32, vorzügl. Zigarren-Spezialmarken.
William Gräber, nur Kassub. Markt 22.
Max Krause, Danzig, am Hauptbahnhof, empfiehlt seine Spezialmarken.

Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Damenputz u. Modewaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Destillation, Liköre
A. Alfermann, Dampfdestillation „Zur goldenen Kugel", Danzig, Fischmarkt 40-41.
F. Berner, Spendhaus, Neugasse 10-11, Kolonialwaren.
Oscar Schützmann, Tischlergasse 67. ff. Liköre, Rum und Cognac

Drogen und Farben
Hygiea-Drogerie, Fischmarkt 1-3. Artikel z. Wäsche und Krankenpflege.
Kronen-Drogerie, Schüsseldamm 45. Farben und Pinsel

Fahrräder, Nähmaschinen
Erstes Fahrrad-Leihhaus, Inh. O. Jochen, Altst. Graben 61. Eig. Reparaturwkst.
A. Hein, Breitgasse 115.
Ernst Böhl, Breitgasse 78.
Max Ventzki, Hundegasse 21, T. 3404. Dampfwaschmaschine D. R. P. Wringmaschinen-Reparaturen.
Chr. Herzog, Elbing, Alter Markt 22.
L. Reuters, Elbing, Schichaustr. 9.
Oscar Seydel, Elbing, Heil. Geiststr. 12. Reparaturwerkstätte, Zubehörteile.

Galanterie u. Lederwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Gelegenheitskäufe
Häkergasse 10, Herrengarderobe, Schuhwar.

Herrengarderobe
S. Lazarus, Langfuhr, Hauptst. ... Arbeiterbekleidung, Maßanfertigung, Herrenartikel
Herm. Goldbaum, Neufahrwasser, Arbeiter-Konf.
Herren- und Knaben-Bekleidung. Schwersenz, Langfuhr, Hauptstr. 40a, Arbeiterbekleidung.
Alb. Mahnke, Elbing, Alter Markt 65, Anfert. nach Maß. Herrenartikel zu billigen Preisen.
Otto Daberkow, Marienwerder, Markt 19. Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel. Spezialität: Berufskleidung
Konfektionshaus Herz, Marienwerder, Herrenartikel, Berufskleid.

Herrenartikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4
Schmiedegasse 7, Altstädter Graben 78, sämtl. Berufskleid. z. billigen Preisen.

Kaffee, Tee, Kakao
Wilhelm Ebner, Telephon 664. Kohlenmarkt 32, Milchkannengasse 23, 4 Damm Nr. 7, Langfuhr, Hauptstr. 107.
Zech's Kaffee ist der Beste. Elbing. Niederlagen in allen Stadtteilen.
Paul Nachtigal, Elbing. Kaffee-Groß-Rösterei. Inh.: Ernst Raue. Kakao, Konfitüren, Schokoladen

Kaufhäuser
Partiewaren. Gelegenheitskäufe. Junkergasse 1, III. Damm 7-8

Johannes Schamp, Elbing, Fischerstr. 43/44. Geschäftshaus für Herren-, Damen u. Kinderbekleidung. Arbeiter-Garderoben. Nähmaschinen und Fahrräder. Blaue Rabattmarken.
Sally Bieber, Stadtgebiet 46. Manufaktur-, Kurz- und Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kino
Müllers Lichtspiele, Graudenz ...

Kohlen, Holz, Briketts
C. Ehlert ...
P. Larm..., Kirchengasse 13.

Kolonial- und Fettwaren
B. Bahr, ..., Karthäuserstr. 114.
Rich. Polchert, Schidlitz, Unterstr. 10.
Kavon-Seife zu haben Schidlitz, Karthäuserst. 90.
Otto Foth, Stiftswinkel 4. Liköre, Weine.
Franz Krzeminski, Danzig-Emaus 27. Kaufhaus f. Lebensmittel, Weinhandlg.
J. Lemke, Schidlitz, Karthäuserstr. 36.
Fr. Ranter, Schidlitz, Oberstr. 94.
J. Reischke, Schidlitz, Neue Sorge 7.
Otto Salewski, Schidlitz, Karthäuserst. 46.
Alex Schalke, Fischmarkt 45
C. E. Schimmelmann, vorm. Preuß, Schüsseldamm 32. Mehl, Hülsenfrüchte etc.
Rob. Schulz, Schidlitz, Karthäuserstr. 107.
A. Sellke, Schidlitz, Unterstr. 13.
Herm. Sitzlaff, Schidlitz, Weinbergstr. 37
B. Warkentin, Schüsseldamm 24.
Otto Runkel, Elbinger Margarine-Spezialhaus

Korbwaren, Kinderwagen
Korbwarenhaus Otto Mews, Elbing, Fischerstr. ...

Meiereien
Rob. Kobusch, Schichaugasse 18.
Jul. Schnell, Schüsseldamm 45.

Möbelmagazine
Arthur Schulz, Danzig III, Damm Nr. 2. Billigste Bezugsquelle für Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen

Molkereien
Friedr. Dohm. Produkte in bekannter Güte. Niederlagen in allen Stadtteilen

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundeg. 33. Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturen enorm billig
Harmophon Musikhaus, Hundegasse 13. Alleinverkauf der Harmophon-Fabrikate
Paul Jäschke, Hundegasse 112, Teleph. Nr. 1957

Papier- und Schreibwaren
G. W. Petersen, Elbing, Alter Markt 53. Schul- u. Büro-Artikel.

Sargmagazine
H. Kanthack, Inh. A. Jacobi, III. Damm Nr. 11, Danzig.

Schirme, Stöcke, Mützen
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schuhwaren
L. Michaelis, III. Damm Nr. 5, Heilige Geistgasse 36. Arbeitsstiefel u. moderne Schuhwaren reell und billig, Reparaturwerkstatt im Hause.
Großes Schuhwarenlager, Inh. Fortier, Reparaturwrkst. Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus. Arbeiter erhalten Extrarabatt.
Schuhwarenhaus Tuchler, Holzmarkt 19. Unerreicht billige Preise
A. Krieg, Neufahrwasser, Olivaerstr. 37. Reparaturwerkstelle.
Geschw. Salinger, Elbing, Alter Markt 27

Seifen u. Toilettenartikel
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Spielwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Sprechmaschinen u. Platten
J. Bogusch ...
A. Hein, Breitgasse 115.
L. Reuters, Elbing, Schichaustr. 9

Trikotagen, Wollwaren
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren
Karczewski, Junkergasse 6.
S. Lewy Nachf., Uhrmacher u. Juwelier, nur Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedeg.
Joh. Teske, Schüsseldamm 15.
R. Schwartz, Alst. Graben 11. Reparaturen gut und billig
Wilh. Link, Uhrmachermeister, Elbing, Fischerstr. 36. Blaue Rabattmarken.
J. Moeck, Elbing, Alter Markt ... Uhren, Ketten, Ringe.
Paul Mulack, Elbing, Alter Markt 5.
Max Schwarz, Elbing, Wasserstr. ...

Wäsche, Weiß- u. Wollwar.
Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Danziger Höhe. An Stelle des bisherigen Waisenrats Fischer ist der Hofbesitzer Friedrich Strehlke als Gemeindewaisenrat für die Gemeinde Gutenherberge bestellt worden.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Berent. Ein abscheuliches Verbrechen, das Mittwoch vergangener Woche bei Owsnitz verübt worden ist, ruft unter der Bevölkerung Empörung hervor. Im Walde fand ein Briefträger ein 9jähriges Mädchen eine Besitzerstochter aus Owsnitz auf, das vergewaltigt war und eine große Schnittwunde vorn am Halse hatte. Das arme Kind wurde von dem Beamten sofort zu einem Arzt nach Berent gebracht. Schwerverletzt und nicht vernehmungsfähig, liegt es zurzeit im Elternhause darnieder. Die Aerzte jedoch haben Hoffnung, das Kind am Leben erhalten zu können. Der ruchlose Ueberfall ist geschehen, als das Mädchen von der Schule nach Hause ging. Von den Behörden wurde sofort die Verfolgung des Täters, wahrscheinlich eines Landstreichers, angeordnet, ebenso aus Dirschau ein Polizeihund erbeten. Gendarmen und Polizeibeamten, ebenso der Hund verfolgten die Spuren.

Gleichzeitig wird ein zweiter Ueberfall, Donnerstag früh, auf ein etwa 12jähriges Mädchen, das nach Berent zur Schule ging, gemeldet. Durch das Hinzukommen mehrerer Passanten wurde der Strolch jedoch verscheucht.

Wie wir erfahren, ist der Unhold am gestrigen Tage von der Polizei gefaßt worden. Er hat sich bettelnd bis Karthaus durchgeschlagen und als er dort erkannt wurde, ist er weiter entflohen. Von einem Olivaer Polizeibeamten wurde der Verbrecher, ein jugendlicher Schweizer, in das Arbeitshaus geschafft, da er sich vagabondierend in Oliva herumtrieb. Später besann sich der Polizeibeamte auf die von der Staatsanwaltschaft herausgegebene Personalbeschreibung und erstattete bei derselben Anzeige, welche auch die sofortige Untersuchung einleitete. Nachdem der freche Patron durch den Untersuchungsrichter in die Enge getrieben war, gestand er die scheußlichen Verbrechen ein und wurde er hierauf sofort verhaftet.

Danziger Parteinachrichten.

Parteigenossen, welche schriftlich befähigt sind, wollen sich zur Arbeit für die Stadtverordnetenwahlen Dominikswall 8 melden.

Im
Kredithaus
FEDER
DANZIG, Holzmarkt 27-28.

Wohnungs-Einrichtungen

kulant auf **Kredit**

1 Zimmer 65 Mk., Anzahl. 5 Mk., Wochenrate 1,00 Mk.
2 Zimmer 150 Mk., Anzahl. 12 Mk., Wochenrate 1,50 Mk.
3 Zimmer 288 Mk., Anzahl. 25 Mk., Wochenrate 2,50 Mk.
4 Zimmer 370 Mk., Anzahl. 30 Mk., Wochenrate 3,50 Mk.

billig gegen **Kassa**

Kredit nach allen Orten.

Alle **Möbel** werden unter Garantie in tadellosem Zustande geliefert.

Lieferungen franko, diskret.

Feders Polstermöbel sind in eigener Werkstatt reell und solid gefertigt.
Weitgehende Garantie.
Garnituren von 105 Mk. an, Sofas von 30 Mk. an, Chaiselongues von 24 Mk. an.

Spottbillige Preise bei Bar-Einkauf:

Esstische	von 6,90 Mk. an	Bettstellen m. Matr.	von 28 Mk. an	Küchentische	von 5,50 Mk. an
Sofatische	von 14 Mk. an	Vertikos	von 24 Mk. an	Waschtische m. Marm.	v. 28 Mk. an
Ausziehtische	von 15 Mk. an	Kleiderschränke	von 25 Mk. an	Nachttische m. Marmor	v. 15 Mk. an
Salontische	von 24 Mk. an	Küchenschränke	von 19 Mk. an	Umbauten für Sofas	von 49 Mk. an
Schreibtische	von 33 Mk. an	Küchenbuffets	von 30 Mk. an	Trumeaus	von 34 Mk. an

komplette moderne **Küchen** in allen Farben 10, 15, 20 Mk. Anzahlung.
Einzelne Küchenmöbel von 1 Mark Anzahlung an.

Einzelne **Möbel** von 2 Mk. Anzahlung an.

Fertige **Betten** 1 Satz von 3 Mk. Anzahlung an.

Besichtigung erbeten!

Orig.-Foto. Nachdruck verboten.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am **Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr** im großen Saale des Herrn **Steppuhn, Schidlitz.**

Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag in Chemnitz. Berichterstatter Gen. **Gehl.**
2. Stadtverordnetenwahlen und Aufstellung der Kandidaten.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitten wir alle Mitglieder zu dieser Versammlung zu erscheinen, besondere Einladungen erfolgen nicht. **Die Parteileitung.** J. A.: **Sellin.**

Zahn-Praxis
Georg Haselmann, Dentist
Milchkannengasse 31 II, Eckhaus neben der Sparkasse.
Künstliche Zähne
beste Ausführung bei billigen Preisen unter Garantie.
Plomben von 2 Mk. an. **Zahnziehen** mit örtl. Betäubung 1 Mk.
Bei Bestellung von Gebissen Zahnziehen mit Betäubung kostenlos.
Reparaturen und Umarbeitungen billige Berechnung.
Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags bis 1 Uhr.

Fahrräder, Ersatzteile, **Sprechmaschinen,** Schallplatten
sowie sämtl. Reparaturen zu billigen Preisen.
Teilzahlung gestattet.
A. Hein,
Fahrradhandlung,
Danzig, Breitgasse 115.

Tüchtige
Schachtmeister
mit 40-50 tücht. Arbeitern
finden bis weit in den Winter hinein lohnende Beschäftigung. Meldung bei
Windschild & Langelott,
Königsberg i. Pr.
Kneiphofsche Langgasse 30–32.

In der
Kur-Badeanstalt
Bochum, Brückstraße Nr. 51,
werden regelmäßig
Ausbildungskurse in der Badelehre und Massage
abgehalten. Aerztliche Prüfung. Stellennachweis.
Die Badeverwaltung.

Bettst., Matratze, Sofa 9 M, Stühle, 1 Vertiko, Schlafbank, Nähmaschine 15 M, Spiegel, Heiligegeistg. 12, II

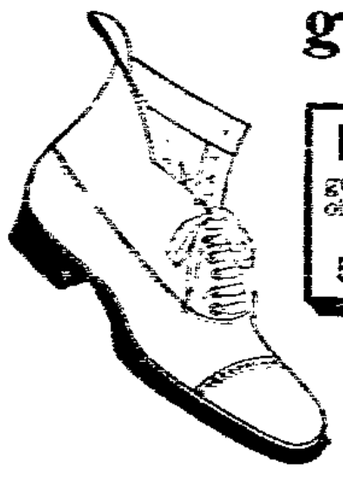
Elbing.
Central-Theater
Elbings grösster u. schönster Kino
Nur Brückstrasse 15.
Neues Programm!
Darunter
Ein Hauptschlager
und herrliche **Dramen** sowie **Humoresken.**
Jedes Bild ein Schlager!
Die Direktion.

Billig und gut
ist Uhrmacher
Tischmann
Spezialwerkstatt.

Gardinenreste und Abschnitte
Teppiche, ältere Muster
Posten Läuferstoff- u. Wachstuchreste
Plüsche und Möbelstoffe
Steppdecken und Felle
Barzahlung 4% außergewöhnlich billig. Barzahlung 4%

Ertmann & Perlewitz
DANZIG. Holzmarkt- und Breitgasse-Ecke.

Ein Posten Schuhe
aus vorjähriger Saison.
Um vor Eröffnung der Saison die noch vorhandenen vorjährigen Schuhwaren **vollständig zu räumen,** habe ich die Preise **ganz bedeutend herabgesetzt** und eröffne mit dem heutigen Tage einen
grossen Extraverkauf.
Einige Beispiele:



Herrenstiefel gediegenste Qualitäten, ohne Rücksicht auf den Wert, jetzt 5.25 6.10 7.50

Damenstiefel hoch u. niedrig, pr. Qual., ohne Rücksicht auf den Wert, jetzt 4.50 5.50 6.10

Kinderstiefel in Rindbox u. Chev. imit., ohne Rücksicht auf den Wert jetzt 27—30 3.75, 31—35 4.10

Schuhwaren-Haus Tuchler **Holzmarkt Nr. 19**
Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, neben der Hutfabrik **Bruno Berendt.**